

## **Vergabe von Postdienstleistungen (CDU-Fraktion)**

### **Inhalt der Anfrage:**

Die weitere Liberalisierung der Postdienstleistungen ab dem 1. Januar 2008 hat der Städte- und Gemeindeverbund zum Anlass genommen, die Kommunen auf die neuen Regelungen für die Vergabe von Postdienstleistungen hinzuweisen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wird die Stadt Osnabrück die Postdienstleistungen im Rahmen eines Wettbewerbes für das Kalenderjahr 2008 ausschreiben?
2. Wie hoch sind die derzeitigen jährlichen Portokosten der Stadt Osnabrück inklusive der Eigenbetriebe?
3. Wie hoch schätzt die Verwaltung das Einsparpotenzial für den Fall der Ausschreibung der Postdienstleistungen ein?

### **Mit dem Einverständnis der Fragesteller ergeht die Antwort wie folgt zu Protokoll:**

Zu 1.:

Die Verwaltung wird ein europaweites Vergabeverfahren in der 2. Jahreshälfte 2008 einleiten. Aufgrund des Auftragsvolumens ist die Stadt als öffentlicher Auftraggeber wegen Überschreitung der EU-Schwellenwerte hierzu verpflichtet. Zurzeit laufen innerhalb des Eigenbetriebes die für eine europaweite Ausschreibung notwendigen vorbereitenden Maßnahmen. Die Terminierung wurde in Abstimmung mit dem Fachdienst Öffentliche Aufträge des Fachbereiches Recht gewählt, um die in den letzten Monaten eingetretenen und kurzfristig noch eintretenden Veränderungen in der Postbranche abzuwarten. Auf diese Weise hofft die Verwaltung, dass sich Strukturen und Qualitätsstandards bei den Anbietern gefestigt haben. Im Rahmen der bevorstehenden Ausschreibung kommt - entsprechend den Leitlinien des deutschen Städte- und Gemeindebundes – als Zuschlagskriterium „das wirtschaftlich günstigste Angebot“ in Betracht. Dies bedeutet, dass neben dem Preis insbesondere Qualitätskriterien wie Zustellqualität und Reaktions- und Beseitigungszeiten bei Reklamationen von Bedeutung sind.

Zu 2.:

Die jährlichen Portokosten der Stadt Osnabrück, betragen rd. 720.000,00 € pro Jahr. Gleichzeitig erfolgen Einnahmen von der Deutschen Post für vom Servicecenter vorgenommene Teilleistungen in Höhe von rd. 40.000,00 €.

Zu 3.:

Die Höhe des möglichen Einsparpotenzials ist von der Verwaltung aufgrund der zur Zeit bestehenden starken Dynamik – auch aufgrund getroffener politischer Rahmenbedingungen – in diesem Markt nicht einzuschätzen. Ein umfassender Bericht zum Thema Vergabe von Postdienstleistungen ist für den Werkausschuss des Eigenbetriebes Immobilien- und Gebäudemanagement am 15. Januar 2008 vorgesehen.